

„Der macht Europa kaputt!“

Deutsches Misstrauen zu Beginn der V. Republik

Ansbert Baumann*

» Am 1. Juni 1958 wurde Charles de Gaulle von der französischen Nationalversammlung zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Die Regierungsübernahme weckte in der Bundesrepublik nicht nur erhebliches Misstrauen, sondern auch die Befürchtung, dass eine Fortsetzung oder gar Weiterentwicklung der deutsch-französischen Aussöhnung nunmehr unmöglich sei.

„Wenn Herr de Gaulle kommt, der macht Europa kaputt!“ Mit diesen Worten reagierte Bundeskanzler Konrad Adenauer während einer Kabinettsitzung im Frühjahr 1958 auf die Bemerkung des Postministers Richard Stücklen, es sei möglich, dass Charles de Gaulle angesichts der politischen Situation in Frankreich die Rückkehr an die Macht anstrebe. Als sich die Krise der IV. Republik dann im Mai desselben Jahres dramatisch zuspitzte und alles auf die Nominierung de Gaulles zum französischen Ministerpräsidenten zuzulaufen schien, notierte einer der engsten politischen Vertrauten des Bundeskanzlers, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag Heinrich Krone, am 27. Mai in sein Tagebuch: *„De Gaulle kommt. Und bei uns genügt der Opposition der parlamentarische Rechtsstaat nicht.“*

Die Befürchtung, dass der General in Frankreich ein autoritäres Regime begründen würde, wurde zu dieser Zeit von vielen Bonner Politikern geteilt. Darüber hinaus erwarteten die bundesdeutschen Beobachter extrem negative Folgen für die internationalen Beziehungen und waren, wie der Ständige Vertreter der Bundesrepublik bei der NATO, Herbert Blankenhorn, gegenüber Adenauer bekannte, erfüllt von einer großen *„Sorge hinsichtlich der Verwirklichung unserer europäischen Pläne, der Aufrechterhaltung der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft und der künftigen Ge-*

staltung des französisch-sowjetischen Verhältnisses.“

Gerade die letzte Aussage war dazu geeignet, den Bundeskanzler zu beunruhigen, der in de Gaulle primär den Mann sah, der als Führer des Freien Frankreich selbstbewusst den französischen Großmachtsanspruch verkörperte und im Dezember 1944 sogar einen Bündnis- und Beistandsvertrag mit der Sowjetunion geschlossen hatte. Dass de Gaulle später als einer der entschiedensten Gegner der Gründung der Bundesrepublik auftrat und nicht nur die Montanunion ablehnte, sondern im Zusammenhang mit den Diskussionen um die EVG mit der Aussage Stimmung machte, dass jene *„nicht nur die Gleichberechtigung, sondern auch den Zugang zur militärischen Hegemonie der Deutschen“* bewirken könne, passte in dieses Gesamtbild. Wie groß die entsprechenden Befürchtungen Adenauers tatsächlich waren, zeigt sich anhand der Tatsache, dass er dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles während einer vertraulichen Unterredung in Bonn am 26. Juli 1958 seine Besorgnis mitteilte, dass es in nächster Zeit zu einer sowjetisch-französischen Kooperation im Nuklearbereich und somit zu einem *„renversement des alliances“* kommen könne.

Die am 2. Juni vom Auswärtigen Amt ausgegebene offizielle Sprachregelung ließ jedoch nichts von diesen massiven Vorbehalten erkennen; die Bundesregierung betonte vielmehr, dass sie die

* Dr. Ansbert Baumann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen und *Maitre de Conférences* am IEP Paris, *1er cycle franco-allemand*.

Beendigung der französischen Krise begrüße und alles tun werde, um die bisherige freundschaftliche Kooperation auch in Zukunft fortzusetzen. Obwohl das Auswärtige Amt wenige Tage später in einem Runderlass an alle diplomatischen Vertretungen das große politische Geschick lobte, welches die französischen Politiker und die Öffentlichkeit bei der Bewältigung der Maikrise gezeigt hätten, blieben die Beziehungen zu der neuen französischen Staatsführung in Wirklichkeit weiterhin von Misstrauen, Unbehagen und Verunsicherung bestimmt. Daran konnten auch die wiederholten Beteuerungen des neuen Außenministers Couve de Murville, dass Frankreich an seinen vertraglichen Bindungen mit dem Westen und an den freundschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik festhalten werde, nichts ändern. Adenauer war inzwischen zwar zu der Überzeugung gelangt, dass die Regierungsübernahme durch de Gaulle in Frankreich wohl *„unumgänglich und notwendig“* gewesen sei, blieb dennoch aber extrem zögerlich, als ihm der französische Außenminister die Mitteilung machte, dass de Gaulle ihn möglichst rasch zu einem persönlichen Gespräch einladen wolle. So erteilte er dem Vorschlag, ein entsprechendes Treffen Ende Juli in Paris stattfinden zu lassen, *„wegen mehrerer unaufschiebbarer Termine im Juli“* und seines unmittelbar daran anschließenden Urlaubs eine Absage.

Grundsätzliche Skepsis

Adenauers hinhaltende Reaktion kam wohl auch unter dem Eindruck des ersten Besuchs eines seiner Kabinettsmitglieder beim neuen Ministerpräsidenten zustande: Anfang Juli war nämlich Verteidigungsminister Franz Josef Strauß an die Seine gereist und berichtete nach seiner Rückkehr über das barsche Auftreten de Gaulles, der das erst am 7. April 1958 von Strauß und seinen französischen und italienischen Amtskollegen paraphierte Abkommen über die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Atomsprengköpfen kurzerhand außer Kraft gesetzt habe, was Adenauers Befürchtungen hinsichtlich einer möglichen nukleartechnischen Kooperation mit der Sowjetunion noch verstärkt haben dürfte.

Auf einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 11. Juli betonte der Kanzler zwar, dass der neue französische Ministerpräsident inzwischen *„ein entschiedener Gegner des russischen Kommunismus geworden“* sei und außerdem nirgendwo erklärt habe, dass *„er die Verträge nicht anerkennen werde“*, zeigte sich andererseits aber ausgesprochen enttäuscht darüber, dass *„das französische Parlament fast stillschweigend auseinandergegangen ist und diesen demokratischen Parlamentarismus, wie ihn die französische Republik repräsentiert, einfach verlassen und sein ganzes Geschick dem Herrn de Gaulle übergeben“* habe. Mit der Bemerkung, dass die deutsche *„Europapolitik schwierigen Zeiten entgegensehen“* werde, unterstrich Adenauer zudem nochmals seine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Entwicklung im Nachbarland.

Aus dem Auswärtigen Amt kamen ganz ähnliche Töne. So bekräftigte Außenminister Heinrich Krone in einem Brief an den Bundeskanzler dessen Bedenken: *„Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die neue französische Regierung unter Umständen die gesamte europäische Politik zerstört. Dass hinter den extremen Rechtsgruppen, die diese Regierung stützen, politische Kräfte stehen, die den Gedanken der europäischen Integration grundlegend ablehnen, ist bekannt.“* Zu einem ähnlich ernüchternden Fazit kam eine interne Aufzeichnung vom 14. Juli im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen: *„Das deutsch-französische Verhältnis geht einer schwierigen Phase entgegen.“*

Diesem Eindruck schien es zu entsprechen, als de Gaulle Adenauer am 17. Juli mitteilen ließ, dass er die Unterstellung französischer Truppen unter den NATO-Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa, den deutschen General Hans Speidel, der im Zweiten Weltkrieg als Stabschef des deutschen Militärbefehlshabers fungiert habe, für völlig unannehmbar halte. Noch ein Jahr zuvor hatte Speidels Ernennung zu keinerlei Irritationen geführt, was von der Bundesregierung gerade auch als ein Indiz für die gute Qualität der deutsch-französischen Beziehungen bewertet worden war. Adenauer brachte für diese, die deutsche Gleichberechtigung im militärischen Bereich negierende Haltung de Gaulles nach eigenen Worten *„keinerlei Verständnis“* auf und sah sich in seiner Meinung bestärkt, vorerst nicht

nach Paris zu reisen. Zu sehr wollte er, wie er gegenüber Blankenhorn zugab, de Gaulle nicht entgegenkommen, um dessen „Überheblichkeitskomplex“ nicht noch zu verstärken.

Das Bild eines überheblichen Nationalisten wurde von dem General auch in den meisten bundesdeutschen Medien gezeichnet, wobei besonders die SPD-nahe Presse herausstellte, dass de Gaulle keineswegs legal an die Macht gekommen sei und Frankreich nun Gefahr laufe, in einen autoritären Führerstaat verwandelt zu werden. Die Parteiführung der SPD sah die Situation allerdings differenzierter: So stellte Fritz Erler als außen- und militärpolitischer Sprecher der Partei zwar fest, dass die Regierungsübernahme durch de Gaulle ein Vorgang sei, „*der uns Deutsche in unserer eigenen Erinnerung etwas gespenstisch berührt*“, meinte allerdings aber auch, man könne „*ein Urteil über die Lage in Frankreich nicht abgeben, ohne gleichzeitig nach Algerien zu schauen.*“ Nach einem zweitägigen Paris-Besuch Anfang Juli berichtete Erler seinen Parteigenossen sogar, dass in Frankreich keineswegs autoritäre Strukturen aufgebaut würden und de Gaulle in der Bevölkerung großes Vertrauen genieße, weil man nur ihm eine Lösung des Algerienkonfliktes zutraue. Allerdings stellte er zugleich fest, dass de Gaulle ohne Zweifel eine Großmachtstellung für Frankreich als vierter Atommacht beanspruche und offenbar engen Kontakt zur Sowjetunion suche – eine Ansicht, die auch Carlo Schmid schon mehrfach im Parteivorstand vertreten hatte. Die These, dass de Gaulle innerhalb der NATO und vor allem gegenüber der Sowjetunion einen neuen Kurs einschlagen werde, wurde also auch in der Opposition vertreten. Daraus machte jene nun allerdings einen Vorwurf gegen die Bundesregierung, die bisher blind darauf vertraut habe, dass das westliche Bündnissystem ein unumstößliches Faktum sei; nun müsse sie notgedrungen umdenken.

De Gaulle selbst präsentierte sich am 25. Juli bei einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter Vollrath von Maltzan allerdings in einem völlig anderen Licht: Er stellte die französische Bündnistreue heraus und betonte die dringende Notwendigkeit einer vertrauensvollen deutsch-französischen Zusammenarbeit; außerdem lobte er Adenauers große staatsmännische Fähigkeiten

und bekräftigte nochmals seinen Wunsch nach einem baldigen Treffen, „*in irgendeiner französischen Stadt*“, gerne auch in Colombey-les-deux-Eglises. Später betonte de Gaulle, er habe dem Kanzler damit eine besondere Ehre zukommen lassen wollen; für den geschickten Schachzug war mit Sicherheit aber auch Adenauers konstante Weigerung verantwortlich, nach Paris zu reisen.

Lang erwartete Begegnung

Der Bundeskanzler, der inzwischen auch schon vom Dulles dazu aufgefordert worden war, endlich eine Begegnung mit de Gaulle zu suchen, teilte dem französischen Außenminister Couve de Murville am 29. Juli mit, dass er ein entsprechendes Treffen tatsächlich mit der Rückreise aus seinem Urlaub in Cadenabbia verbinden wolle. Schon zwei Tage später ließ er dem amerikanischen Präsidenten und seinem Außenminister mitteilen, dass er für September eine Einladung de Gaulles nach Colombey-les-deux-Eglises erhalten und diese bereits angenommen habe. In ihren Memoiren erwecken sowohl Adenauer als auch de Gaulle den nicht ganz zutreffenden Eindruck, dass die Entscheidung, das Treffen im lothringischen Landsitz de Gaulles stattfinden zu lassen, erst Anfang August erfolgt sei. Tatsächlich gab Adenauer dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani schon am 2. August die Auskunft, er werde de Gaulle am 14. oder 15. September in Colombey-les-deux-Eglises besuchen. Die Öffentlichkeit wurde vorerst nicht über den anstehenden Besuch informiert, zumal auch de Gaulle darum gebeten hatte, Ort und Termin noch nicht publik zu machen. Erst am 23. August gab das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die dünne Meldung heraus, dass der Bundeskanzler und der französische Ministerpräsident für Mitte September eine Zusammenkunft auf de Gaulles Landsitz geplant hätten. Adenauer bereitete zu dieser Zeit bereits in Cadenabbia das Treffen vor.

Die Begegnung von Colombey-les-deux-Eglises, welche dann am 14. und 15. September tatsächlich zustande kam, sollte das Verhältnis zwischen dem Kanzler und dem General grundlegend verändern.